

Redner, Professor Delbrück, legte dar, das Gesetz bedeute eine Abtretung von Hoheitsrechten des Staates an die römische Kirche, es sei geeignet, die konfessionellen Gegensätze zu verschärfen, die Staatslehrer dem Clerus preiszugeben und die höchsten Erzeugnisse der deutschen Kultur zu verkümmern. Die Rede erndete fürmlichen Beifall.

Ufien. Die letzten in San Francisco aus China eingetroffenen Dampfer haben die Kunde überbracht, daß die chinesischen Truppen einen Vernichtungskampf gegen die Rebellen an der Grenze der Mandschurei führen. Schon seien mehrere tausend Insurgenten entweder in der Schlacht oder später als Gefangene getötet worden. In Kaulse hätten die chinesischen Truppen eine Abtheilung Aufständischer überrast und bis auf den letzten Mann niedergemacht. Nach in Paris eingetroffenen Meldungen des „W. Z. B.“ aus Peking wären nunmehr alle im Verlauf der letzten Ereignisse durch ihre feindselige oder zweifelhafte Haltung bloßgestellten Mandarinen abgesetzt worden. Auch regle die chinesische Regierung jetzt fast alle Feindschaften der geschädigten Fremden aufgestellten Forderung auf Entschädigung.

Parlamentarische Nachrichten.

* **Berlin.** 5. Febr. Der Reichstag fällt heute die ganze Sitzung mit der Debatte über die von dem Abg. v. Bar zum Etat der Reichsjustizverwaltung beantragte Resolution wegen Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Auslieferung von verurtheilten und angeklagten Personen an auswärtige Regierungen aus. Nach der Resolution soll die Auslieferung in Ansehung sowohl der Bewilligung der einzelnen Auslieferungen wie der Abschließung von Auslieferungsverträgen, der ausschließlichen Zuständigkeit des Reiches überwiesen, die Bewilligung der einzelnen Auslieferungen von der Mitwirkung der Gerichtshöfe abhängig gemacht und die Regierungen verpflichtet werden, die Auslieferung der von ihnen mit auswärtigen Regierungen abgeschlossenen besonderen Auslieferungsverträge herbeizuführen. Der Antragsteller begründete den Antrag, indem er zugab, daß Fälle einer besonders schweren Collision des gegenwärtigen Zustandes mit dem Interesse des Reichs zwar noch nicht vorgekommen seien, aber jeden Tag vorkommen könnten. Staatssecretär Boffe trat der Resolution entgegen. Die Kompetenz des Reiches zum Abschluß von Auslieferungsanträgen sei zweifellos, ebenso aber auch die der Einzelstaaten. Dieselbe für das Reich ausschließlich zu beanspruchen, würde also unter allen Umständen einen Bruch mit der Vergangenheit bedeuten, der ohne Aenderung der Reichsverfassung nicht möglich sein würde. Besonders sei dies auch betreffs des Anspruchs der Bewilligung der einzelnen Auslieferungen ausschließlich durch das Reich der Fall. Auch gegen die Mitwirkung der Gerichte erhob Redner Bedenken. Vor Allem aber sei ein Bedürfnis zu einem derartigen gesetzgeberischen Vorgehen noch nicht hervorgetreten. Eine Collision mit dem Rechtsinteresse sei auch wohl deshalb kaum zu befürchten, weil in der Regel die diplomatische Vermittelung des Reichs in Anspruch genommen werde. Abg. Hartmann, der Namens der Conservativen sprach, bestritt gleichfalls das Bedürfnis und verlangte, daß man die Reichscompetenz ohne zwingende Gründe nicht ausdehnen solle. Den particularistischen Gesichtspunkt stellte auch Abg. v. Giltlingen seitens der Reichspartei dem Antrage v. Bar entgegen, und sein Landsmann Gröber vom Centrum versetzte sich sogar zu der Behauptung, daß man auf diesem Wege zur Abschaffung der Einzelstaaten überhaupt gelangen werde. Gegen den Vorwurf willkürlicher unitarischer Tendenzen legte die Abg. v. Bar und Meyer-Berlin Verwahrung ein. Abg. Weber befürwortete den Antrag, weil er einen mit der modernen Kultur absolut unverträglichen Zustand zu beseitigen bestimmt sei. Abg. Mann beantragte Verweisung des Antrags an eine Commission. Die Abstimmung über diesen Antrag blieb zweifelhaft und bei der Auszählung ergab sich die Beschlussfähigkeit wegen Anwesenheit von nur 171 Mitgliedern. Morgen 2 Uhr Fortsetzung.

* **Berlin.** 6. Febr. Der Reichstag erledigte in seiner heutigen Sitzung zunächst das Gesuch eines Privatklägers wegen Nichtunterbrechung eines gegen den Abg. Werner Schwebenden Verfahrens entsprechend dem Vorschlage der Geschäftsordnungscommission durch Nichtgenehmigung des Gesuchs. Der Fall ist dadurch von Interesse, daß zum ersten Male ein Privatkläger beim Reichstage um die Suspendierung der Immunität eines Abgeordneten nachgesucht hatte, während das bisher immer nur durch den Reichstangler geschehen ist. Man konnte zweifelhaft sein, ob eine Privatperson in dieser Weise überhaupt mit dem Reichstage in Verkehr treten könne; der Präsident hatte aber dahin entschieden, daß das Gesuch als Petition aufzufassen und demgemäß der Petitionscommission zu überweisen sei. Diese hat dann ihrerseits beschlossen, es an die Geschäftsordnungscommission abzugeben. Der Präsident hat nun heute erklärt, daß er in Zukunft derartige Anfragen von Privatpersonen ebenso, wie diejenigen des Reichstanglers, sofort der Geschäftsordnungscommission überweisen werde, und da dagegen kein Widerspruch erhoben worden ist, so kann damit die Behandlung derartigen Sachen als endgültig geregelt gelten. Man ging zur Berathung der aus dem Etat des Reichsamts des Innern noch vorbehaltenen Theile betreffend das Reichsversicherungsamt und die

Invaliditäts- und Altersversicherung über. Hier haben die Socialdemokraten eine Resolution beantragt, welche noch im Laufe der gegenwärtigen Session eine Novelle zum Unfallversicherungsgeetze fordert. Darin soll namentlich erreicht werden, daß die Zahlung der Rente an Verletzte nicht erst mit dem Ablaufe der 13. Woche nach Eintritt des Unfalls, sondern von dem Tage der Verwundung des Heilverfahrens an zu erfolgen hat, daß bei Tödtung eines Versicherten, welcher bereits eine Unfallrente bezog, die Berechnung des Sterbegeldes und der Rente der Hinterbliebenen unter Zugrundelegung nicht allein des letzten Arbeitsverdienstes, sondern auch der bezogenen Rente erfolgen soll, daß ferner die Unfallversicherung auf die Gefangenenarbeit ausgedehnt, daß endlich Betriebsunternehmer, welche die ihnen auferlegte Beitragspflicht auf die versicherten Arbeiter abwälzen, in Strafe genommen werden sollen. Abg. Grillenberger begründete diese Forderungen in langer Ausführung, in welcher er namentlich auch den Staatssecretär des Innern beschuldigte, betreffs der Wahl der Beisitzer des Reichsversicherungsamts eine mit dem Gesetze nicht übereinstimmende Praxis eingeführt zu haben. Herr von Böttcher gab zu, daß das getadelte Verfahren, streng juristisch genommen, anfechtbar sein möge, daß es aber eine praktische Nothwendigkeit gewesen sei. Im Uebrigen stellte er die Verbesserungsbefähigkeit des Unfallversicherungsgeetzes nicht in Abrede, erhob aber gegen die einzelnen Vorschläge des socialdemokratischen Antrags mannigfache Bedenken. Das Gleiche that Abg. v. Stumm. Außer dem Unfallversicherungsgeetze hatte Abg. Grillenberger auch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgezet in die Versprechung gezogen, dabei aber, neben der bekannten Klage über die Unzulänglichkeit der Leistungen des Gesetzes, sich sehr entschieden gegen die Agitation auf Aufhebung desselben ausgesprochen. Staatssecretär v. Böttcher hob hervor, daß die zahlreichen Klagen über das Gesetz zum größten Theile der Empfindung der Unbequemlichkeit entsprungen seien, welche durch die Handhabung desselben in weiten Kreisen verursacht werde, wies aber auf den § 112 hin, der den Gemeinden die Möglichkeit gebe, ihre Angehörigen von der Steuerbelastung zu befreien. Von einer Aufhebung des Gesetzes könne jedenfalls gar keine Rede sein. Wohllich äußerte sich Abg. v. Stumm, nach dessen Ansicht die Klagen lediglich den Kreisen der Arbeitgeber entstammen und mit der Gewöhnung an das Gesetz verflümmen werden. Die Debatte wurde auf Montag 1 Uhr vertagt.

* **Berlin.** 5. Febr. Das Abgeordnetenhaus fehte heute die zweite Etatsberathung fort. Bei dem Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten nahm das Haus, dem Antrage der Budgetcommission entsprechend, zu dem Gehalt des Gesandten in Stuttgart den Vorschlag an, daß von 36000 M. 6000 M. als künftig wegfallend bezeichnet wurden. Bei dem Etat der Domänenverwaltung kamen verschiedene landwirtschaftliche Angelegenheiten zur Sprache. Abg. v. Meyer-Arnswalde regte die Einführung eines Wohlthuns an. Abg. Gerlich (freicon.) sprach über die ungünstigen ländlichen Verhältnisse, Abg. Humann (Centr.) entwarf ein sehr düsteres Bild von der Lage der Landwirtschaft, der Verschuldung des ländlichen Besitzes, der immer wachsenden Entwicklung Deutschlands zu einem Industriestaat. Abg. Lieber empfahl eine Verbesserung des Vertriebs der fischalischen Mineralwässer, der immer mehr zurückgehe. Von anderer Seite wurde der Zustand der Badeeinrichtungen in Gms lebhaft kritisiert. Der Minister v. Heyden sagte thörichte Verlässlichkeit dieser Beschwerden zu. Bei dem Etat der Forstverwaltung wurde ein größeres Angebot von Holz für den freihändigen Verkauf, eine Gehaltsverhöhung der Forstmeister, Erweiterung des Aufwands und der Aufforstellung von Oedlandereien befürwortet. Bei dem Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung wurde Gehaltsverhöhung für verschiedene Klassen von Unterbeamten angeregt. Bei dem Capitel: Förderung der Fischzucht sprach Abg. v. Schiffardt über die holländische Ausfuhrung des Fischereivertrags, die der deutschen Fischerei zum großen Nachtheil gereiche und eine Raubfischerei in den Niederlanden nicht hindere; die Zweckmäßigkeit einer Erneuerung des Vertrags sei sehr zweifelhaft. Weiter kam es zu einer kurzen Debatte über Fragen der Wasserbauverwaltung, über die Abwehr der Rheins, über landwirtschaftliche Gesundheitspolizei u. a. Auch der Etat der Gefästverwaltung wurde noch bewilligt und alsdann die Fortsetzung auf morgen vertagt.

* **Berlin.** 6. Febr. Das Abgeordnetenhaus berief heute in erster Lesung das Polizeikostengesetz. Abg. Langenhans (freil.) befürwortete, daß die Wohlthatspolizei durchgängig von der Sicherheitspolizei getrennt und den Gemeinden übertragen werde, zu deren Wirkungskreis sie naturgemäß gehöre, während sie nach dem neuen Gesetz nur widerrechtlich in einzelnen Zweigen den Städten übertragen werden solle. Auch hätte man eine ganze Anzahl von Städten mit königlicher Polizeiverwaltung von dieser befreien können. Namentlich Berlin werde unverhältnismäßig stark zu den Kosten herangezogen, während doch gerade hier die Polizei sehr viel zu staatlichen Zwecken benutzt werde. Mehrfache Einwendungen im Interesse der Entlastung von Berlin erhob sein Parteigenosse Gierth. Abg. v. Gynern erkannte als Vorzug an, daß jetzt der Nachwachsdienst in die Hände von königlichen Beamten gelegt werde, und empfahl, die Beiträge der 22 in Betracht kommenden Städte zur Staatskasse im Interesse der allgemeinen Landesicherheit, a. V. zur Vermehrung der Gendarmen in

den Vororten zu verwenden. Minister Herrfurth rechtfertigte die Grundzüge des neuen Entwurfs, insbesondere die Uebernahme des Nachwachsdienstes auf den Staat und die facultative Uebertragung der Wohlfahrtspolizei auf die Städte. Die einkommenden Beiträge sollten hauptsächlich zu Gunsten derjenigen Städte verwendet werden, welche jetzt eine Unterstüßung für die Wahrnehmung der Polizei nicht erhalten. Eingehend begründete der Minister die Berechtigung der besonders hohen Belastung von Berlin. Die Abg. Althaus (cons.) und Barth (freicon.) erklärten sich mit dem Entwurf im wesentlichen einverstanden. Abg. Krause (national.) äußerte bezüglich der Kostenvertheilung und Beitragsverwendung einige Bedenken und bat um Entleeren hinsichtlich der Widerständigkeit der Uebertragung der Wohlfahrtspolizei. Auch Abg. Tschke (national.) bemängelte die Höhe der städtischen Beiträge. Abg. v. Gynern hielt die Einwände, welche gegen die hohe Belastung von Berlin geltend gemacht wurden, nicht für zureichend. Die Vorlage wurde alsdann an eine Commission verwiesen. Es folgte die Fortsetzung der Etatsberathung beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, wobei sich eine längere Debatte, an der sich die Abg. Schulz, Schmieding, v. Schalscha, Graf Strachwitz, v. Szmulda und der Minister v. Berlepsch betheiligten, über die Arbeiterverhältnisse in den Bergwerken, die Löhne, die Bergwerksteuer, die Kohlenpreise u. a. entspann. Alsfeldig wurde eine gewisse Beruhigung in dieser Industrie anerkannt. Der Etat wurde bewilligt. Dienstag: Justizetat.

Ein Gruppenbild der preussischen Minister.

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ schildert die gegenwärtigen Minister folgendermaßen: Solchen Cultusminister wie Herrn v. Zedlig-Trübschler haben wir in Preußen, so lange ich politisch denken kann, noch nicht gehabt. Allen anderen haßte eine gewisse Feilkeimerne Würde an; am meisten puritanischen Ernst hatte Dr. Falk, am wenigsten Herr v. Puttkamer. Graf Zedlig-Trübschler dagegen, der sich auf der Ministerbank und der spricht im Hause wie das Bild eines vergnügten Lebemanns. Er hat das nichtliche Bächlein von allen Herren Ministern. Wir haben außer ihm keinen einzigen fetten Berater der Krone. Dr. Miquel ist dicker wie ein Hahn am Neujahr. Graf Caprivi hat kein Roth Fleisch zu viel. Der Schatzsecretär v. Maltzahn sieht so wehleidig aus, wie sein Defizit. Generalpostmeister Dr. v. Stephan handelt manchmal einen kleinen Anjaß zur Korporanz, aber sie verschwindet regelmäßig nach der ersten Budgetdebatte, weil der Postminister ein cholischer, zum Verrger gereizter Herr ist. Nur Herr von Böttcher hat eine kleine Fülle, jedoch es ist Kummer-Speck, gewachsen in grauen Nächten, die das Gend ward. Wie roß bläßt dagegen Graf v. Zedlig-Trübschler! Die hohen Wangen leuchten in sanfter Rundung. Das Hauptpaar ist bis auf einen winzigen Rest, wegemäßig, wie der Berliner sagen würde. Um den ganzen Mann liegt ein Hauch frühlicher Beileitheit. (Ich bitte den Seher, nicht Beileitheit daraus zu machen.) Und wenn er spricht! ... Es hat seit langer Zeit kein so schlagfertiger und amüsanter Redner auf der preussischen Ministerbank gegeben. Er mag ein Reactionär sein! Schön! Ich gebe zu, daß er ein fürchterlicher Reactionär ist, der uns für dreißig Silberlinge an den Papst verkaufen würde und alle unsere Kinder, die wir bereits haben und noch kriegen werden, dazu! Aber er ist ein verführerischer Reactionär. Wenn Graf v. Caprivi aufsteht und spricht, so geht ein Hauch der ehrbarsten Langweile von ihm aus, er ist forrekt, er spricht sauber, er ist durchsichtig, aber nüchtern. Redet Dr. Miquel, der zur Zeit noch amtebende Finanzminister, so spürt man den sehr feinen Kopf, doch er hat etwas Gefallendes, zur größten Voracht Mahnendes. Wie ganz anders geberdet sich der neue Cultusminister! Er mag sehr klug sein, man behauptet es wenigstens. Jedenfalls ist er ein Temperamentsmensch und das Muster eines lebenswüthigen Schwerenöters von Reactionär. Wenn er sich erhebt, um das Wort in der parlamentarischen Debatte zu nehmen, so strahlt eine Fülle von Bonhomie aus seiner großen beglückten Gestalt heraus. Seine kluggrauen Augen glänzen schau hinter dem goldenen Nasenrücken, sein rundliches Antlitz lächelt, seine kleine Gekinnase rumpft sich vergnügt und aus seinem Munde tollern die Worte wie eine Schaar süßlicher Gnommen. Alle seine anderen Ministerkollegen haben ein ganz beschränktes Register von Tönen, in denen stets eine gewisse antilige Feiertlichkeit widerklingt. Selbst Herr Miquel ist nicht ganz frei davon. Aber dieser Cultusminister! Er ist alles andere, nur nicht feierlich, und er zieht dabei virtuos alle Register von der spielenden Ironie bis zum festigsten Ernst. Selbst wenn er sich jedoch ganz ernst geberdet, liegt etwas dahinter, aus wollte er mit Laune sagen: Kinder, nach 30 Jahren sind wir vorausichtlich doch alle tot und der preussische Staat lebt noch, also wozu die Aufregung? Da steht er, beide Hände in den Hosentaschen. Die lange goldene Uhrkette baumelt über der Weste. Die lustigen Augen sind halb zugedrückt. Die ganze Gestalt glänzt in tadelloser Wasche und feinstem Schwarz. Sie athmet eine unbeschreibliche Selbstsicherheit und Nonchalance. Und nun sagt er mit einer Stimme, die durch einen ganz leichten Hauch von Dialekt ungemiein gemüthlich klingt: „Meine

verliehen ist.“ fügte er leuchtend hinzu, und eine düstere Wolke legte sich wieder über sein Gesicht.

„Das werden Sie.“ ermunterte der Polizeirath, dem der junge Mann immer besser gefiel, und brachte nun das Verhör oder besser das Gespräch, denn in diese Form wählte er es zu kleiden, auf das Verhältniß des Doktors zu der Familie von Letten. Aber so offen und mittheilend Bodmer bisher gewesen war, so zurückhaltend ward er jetzt; er kam dem Polizeirath wie ein Mensch vor, der durch eine laßende Gegend geht, aber fürchtet, er könne bei jedem Schritte, den er vorwärts thut, auf einen verborgenen Abgrund stoßen, der sich unverkennbar öffnen und ihn verschlingen würde.

Mit warmen Worten schilderte er seinen Jüngling und die innige Liebe, die ihn mit diesem verbunden; er sei ihm völlig wie ein jüngerer Bruder gewesen.

„Und der Baron und dessen Gemahlin behandeln Sie wie einen Sohn des Hauses?“ fragte der Polizeirath, der selbst nicht genau orientiert war, denn die eingegangenen telegraphischen Mittheilungen hatten nur allgemeine Anhaltspunkte geboten.

Bodmer gab auch das gern zu, erzählte mit beiseidenem Selbstgefühl, in welcher Weise er sich dem Baron nützlich gemacht habe und welche Stellung er in der Gesellschaft eingenommen. Vermied aber über seinen Verkehr mit den Töchtern des Hauses zu sprechen, so daß der Polizeirath endlich ein wenig ungeduldig sagte: „Sie geben dem wesentlichsten Punkte unserer Unterredung gessichtlich aus dem Wege, Herr Doktor! Wie fanden Sie mit den jungen Damen?“

Eine dunkle Rölhe überzog des Doktors Gesicht, um sogleich einer tiefen Blässe Platz zu machen. „C, auf dem besten Fuß.“ erwiderte er mit unsicherer Stimme.

Auf einem vielleicht zu guten. Gerade heraus: Sie hatten ein Liebesverhältniß mit Fräulein Adelheid von Letten. „Nie! Nie!“ rief Bodmer. Er war aufgesprungen und hatte die Hand theuerend erhoben; aber der Polizeirath gewahrte sehr wohl, daß er ihm nicht gerade ins Gesicht zu sehen vermochte, auch wollte es seinem geübten Ohre bedünken, als habe die Stimme nicht mehr den Ton der Wahrheit.

Die Verlobung der jungen Dame hat Sie zur Verzweiflung gebracht.“ fuhr er fort.

„O nein, nein! Ich hegte nur freundschaftliche Gefühle für sie.“ Die Versicherung kam noch unglaublicher als die vorige.

„Man beschuldigt Sie, die junge Dame veräxelt zu haben!“ fuhr der Polizeirath in strengem Tone als bisher fort.

„Das ist abgesehlich! Unerbitt!“ schrie Bodmer. „Wie kann man mich eines so furchtbaren und gleichzeitig so wahnfinnigen Verbrechens anklagen!“

„Der Wahnsinn könnte eben die Erklärung dafür sein; Sie wollten das geliebte Mädchen nicht die Gattin eines andern werden lassen.“

„Das sind ganz unzulässige Schlüsse!“ fuhr Bodmer auf.

„Auf welche Weise stützt man sich dabei?“

„Ihnen die Beweisstücke vorzulegen, ist nicht meiner Amtes.“ erwiderte der Polizeirath; „Sie sind aber vorhanden, sonst hätte man uns nicht mit Ihrer Verhaftung beauftragen können; man wird sie Ihnen in Klauen vorlegen.“

Bodmer sah ihn ganz fassungslos an. „Sie wollen mich nach Klauen schicken?“

„Allerdings; es kann Ihnen durchaus nicht unbekannt sein, daß jedes Verbrechen von der Behörde untersucht wird, zu deren Gerichtsbarkeit der Schauspieler der That gehört.“

„Aber ich habe kein Verbrechen begangen, es ist überhaupt kein Verbrechen an Adelheid von Letten begangen.“

„Wissen Sie das so genau?“ fiel ihm der Polizeirath schnell ins Wort.

„Ich — ich glaube es — kann es nicht anders annehmen.“ erwiderte Bodmer flodend.

„Sie halten die Unglückliche also für eine Selbstmörderin?“

„Das will ich — das möchte ich nicht sagen.“ entgegnete er noch ängstlicher, denn er sah sich immer mehr in die Enge getrieben. „Könnte sie nicht auch eines natürlichen Todes gestorben sein?“

„Wenn nicht das Gegentheil festgestellt wäre, hätte man Sie nicht auf den Verdacht des Mordes verhaften lassen können.“ entgegnete der Polizeirath.

„So muß es denn doch Selbstmord gewesen sein.“ bemerkte Bodmer mit leiser, unsicherer Stimme, während seine Augen schen den Boden suchten; und jetzt bemächtigte sich des Polizeiraths ein Mißtrauen, gegen das er sich immer noch gewehrt.

„Können Sie mir vielleicht sagen, woher sie das Gift bekommen hat? Junge Damen finden das bei uns nicht auf der Straße.“ versetzte er ihn durchdringend anblickend.

„Ich weiß es nicht.“ sagte Bodmer dumpf, und keine Frage

des Polizeiraths konnte ihm eine andere Antwort abringen. So daß dieser endlich unmutig sagte: „Ich kann Sie nicht zwingen zu gestehen, was Sie verschwiegen wollen, indeß wird es kaum Ihres Zugeländnisses bedürfen, Sie in diesem Punkte zu überführen. Ich habe es recht gut mit Ihnen gemeint.“

„Das erkenne ich an, halten Sie mich nicht für einen Unanborenen.“ versicherte Bodmer tief erregt, „aber ich kann nicht, ich kann nicht.“

„Schon gut.“ unterbrach ihn der Polizeirath. „Beantworten Sie mir noch eine Frage: Was drückte Sie, Lettenhofen heimlich zu verlassen?“

„Ich — ich hatte einen Brief aus England bekommen, der mich schleunig in meine neue Stellung berief.“

„Der Polizeirath juckte die Achseln. „Wo haben Sie diesen Brief?“

„Ich habe ihn vernichtet.“ erwiderte Bodmer nach sichtlichem Zögern und Besinnen.

„Er ist nicht vorhanden, und wäre es, so würde dadurch noch nicht erklärt, warum Sie heimlich gingen, da Ihrer Abreise niemand etwas hätte in den Weg legen können.“ erwiderte der Polizeirath.

„Doch, ich fürchtete, man könne mir Schwierigkeiten machen.“ Der Eintritt eines Dieners, welcher dem Polizeirath ein Telegramm überreichte und dessen Befehl harrend an der Thür stehen blieb, unterbrach Bodmers Rede. Mäcker öffnete das Telegramm, überflog es, zog seine Uhr, winkte dem Diener, flüster ihm einen Befehl zu und sagte, nachdem der letztere sich entfernt: „Ich schließe das Verhör, der Untersuchungsrichter in Klauen wird es noch heute wieder eröffnen. Dies Telegramm ersucht mich um Ihre sofortige Auslieferung; halten Sie sich fertig, mit dem nächsten Zuge abzureisen.“

Er ließ den Angeklagten fortführen, der weit geknickt als er gekommen, das Verhörzimmer verließ. Die Aussicht, nach Klauen zurückgekehrt, dort, wo ihn jedes Kind kannte, ein Gegenstand der Neugierde zu werden und vielleicht gar den Mitgliedern der Familie von Letten unter die Augen treten zu müssen, hatte für ihn etwas Grauenentregendes.

Der Polizeirath blieb, nachdem Bodmer sich entfernt hatte, noch lange nachdenklich zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Herren, glau es darstellen! der Gegner l dieser Minis fertig, und rebnern die Wechselbalg

— Siege Mahnung an Blätter, wel halten die G after“ genam Zweigen mit Weiter zu im Dien

— Gelehes. Selbstmord sich gewinnen seit längerer male stand er daß er der S vorzüglich ge 50 000 M. in

— Aus d der Zeit) d durch welch licher ewang scheinen au Schulverföfsoßen. Den thums stehe confederatien sein. Die cu Verfassung b

— Elber bringen die Wandwirke, stehe, der W Ana.“ ist a mädigt, daß zutreffend fir Nordameleg weitere Mit

— Etra dem hiesigen Paar zählt Brautgamm selben von k

— Ache weih man h in einer gch passivite folge Director der macht, die el und tonzette brief gebrüht in der Gile freund erbie zehnhundert grohen Reib

— Nur einzige Sobn der Engländer cierungsbüro Aufen Feinde herbe lieber aufst hand.“ —

— bleiben und vorbei, da h reiteten sich. Der Schwen Worten nicht Fesler von Bette gehen „O, nur no zu können, Finger aus, wünschste.“

Die pol

Ein sehr die sich geste laden durch um den Bo Va hie aus Die angelich Belucher au Gierfeld, M so regen Be diesem neue Redner in Antirichter lonziger He dann Herr dem urprüf abgekommen licher Parte handlung h fervationen Redner frä ganz auf verbricht e verschmäbt klingenbem eine einschw maß des V folgte man nur in bre verkannte n sich derselbe

Den geche ergeben

straße 38

Herr

errichtet hat für re w d garan

Reichh

offert und gerät und pump

